

# unsere junge stadt georgsmarienhütte im gespräch

Nr. 7

10/1974

Herausgeber:  
SPD – Ortsverein Georgsmarienhütte  
Verantwortlich:  
W. Beckmann, Osningstraße 13,  
und K. Kraegeloh, Im Siek 20  
Erscheinungsweise: viermal jährlich  
Auflage: 9000  
Druck:  
R. Lamkemeyer, Georgsmarienhütte

## Fußgängerzone für Georgsmarienhütte?

**Im Moment ist sie im Gespräch: die Fußgängerzone „Oeseder Straße“ im Stadtteil Oesede. Dem Vorbild mancher größeren Stadt folgend, die an manchen Tagen unerträgliche Verkehrssituation im Nacken (die durch einen Fußgängerbereich allerdings auch nicht verbessert würde), befassen sich Stadtväter und Verwaltung allen Ernstes mit der Umwandlung in einen nur für Fußgänger und Zulieferer geöffneten Bereich.**

Sicherlich ist es nicht ganz leicht, das Beispiel von Großstädten auf Georgsmarienhütte zu übertagen. Daher muß vorher überlegt werden, ob Georgsmarienhütte tatsächlich schon ein derartig dichtes Zentrum besitzt, das so attraktiv ist, daß man ruhigen Gewissens dem Fußgänger die gesamte Straßenbreite überlassen könnte.

Die nicht leicht zu beantwortende Frage: immerhin werden einige Geschäfte um ihren Umsatz fürchten, da viele Kunden den „Parkplatz vor der Tür“ vermissen werden. In den meisten Großstädten haben sich die Befürchtungen der Geschäftsleute als grundlos erwiesen – wird das aber auch für Georgsmarienhütte zutreffen?

Viele Einwohner außerhalb von Oesede werden die Frage stellen, ob die Konzentration von Geschäften im Stadtteil Oesede nicht schon zu weit gegangen sei. Tatsächlich klagen bereits viele

(besonders ältere) Bürger über immer weitere Wege zu den Geschäften. Einer Frage sollten sich die Stadtväter aber dringendst annehmen: Wie steht es noch um den Gedanken des Zusammenwachsens von Alt-Georgsmarienhütte und Oesede im Bereich des neuen Zentrums am Carl-Stahmer-Weg, wenn die Konzentration von Geschäften sich immer mehr nach Oesede verlagert? Darf ein Stadtzentrum, das einen solchen Namen verdient, aus Wohnhäusern, Schulen und Verwaltungsgebäuden bestehen, oder zeigt sich das Vorhandensein eines echten Zentrums mehr in der Konzentration vor allem von Geschäften?

Im Mittelpunkt aller Fragen schält sich der Gedanke an eine Fußgängerzone in Oesede immer mehr als eine Frage der zukünftigen Stadtentwicklung heraus. Die Sperrschilder sind schnell eingesetzt, die Blumenkübel schnell

aufgestellt – wo Georgsmarienhütte aber an sinnvoller Stelle ein Zentrum erhält, das will gründlich überlegt sein.

### Inhalt

	Seite
Fußgängerzone für Gmhütte? .....	1
Mehr Zuständigkeiten für Gemeinden ..	2
1975 – Orientierungsstufen in Georgsmarienhütte? .....	2
Stadtkrankenhaus – alles falsch? ..	2
100 000 DM für Kinderspielplätze ..	3
SPD unterwegs nach Schoonebeek	3
Schulwege sicherer machen! .....	3
Müllcontainer .....	3
Abrechnung in Altbaugebieten ....	3
Beachtliche Erfolge der Falken .....	4
Wasserversorgung im südlichen Landkreis .....	4
Sanierung Osterberg .....	4
Regierung auf Stabilitätskurs .....	5
Sozial-liberale Koalition im Niedersächsischen Landtag ....	5
Arbeitskonferenzen mit Willy Brandt	5
Erhöhung der Alters- u. Unfallrenten	6
Gurtanlegen wird belohnt .....	6
Altersgeld für Landwirte .....	6
Widerrufsrecht bei Abzahlungen ....	6
Kindergeld jetzt beantragen! .....	6
Kurz informiert .....	6

Unser Kommentar:

## Mehr Zuständigkeiten für Gemeinden

Markige Worte sind zu vernehmen: Ausverkauf der Gemeinden! Abbau kommunaler Selbstverwaltung! Gemeinderäte nur noch Handlanger übergeordneter Gremien! – oftmals verbunden mit kräftigen Seitenhieben gegen die Regierung, gegen Bundes- oder Landesregierung, wie's gerade beliebt.

Jüngster Anlaß: das niedersächsische Schulgesetz. „Die kommunale Schulträgerschaft wird als ein wesentlicher und unverzichtbarer Kern der Selbstverwaltung aller Bürger angesehen.“ (Siehe Heft 6/74 ‚die nieders. gemeine‘.) Welch problematische und zugleich tendenziöse Behauptung! Nicht die grundlegende Frage der Leistungsfähigkeit, sondern die der Zuständigkeit wird herausgestellt. Als wenn für den Bürger die Kompetenzfrage wichtiger sei als die Erwartung, für sein Kind überall gleich gute Schuleinrichtungen vorzufinden. Diese Forderung nach dem gleichen Recht für alle wird durch das Schulgesetz erfüllt. Ihre Absicherung hat eine teilweise Verlagerung von Zuständigkeiten zur Folge; nicht mehr – aber auch nicht weniger.

Eigenartig ist jedoch die Tatsache, daß man auf anderen Gebieten weniger lautstark reagiert. Anstelle einer Übernahme von Verantwortung zeigen sich die Gemeinden erfreut, wenn andere Träger vorhanden sind oder gefunden werden (siehe Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Altersheime, Krankenhäuser u. a. m.). Man begnügt sich mit einem nach eigenen Maßstäben verfaßten Bezuschussungssystem. In solchen Fällen spricht man dann nicht mehr vom Abbau der Zuständigkeiten, sondern preist das „Prinzip der Subsidiarität“, jenen oft zitierten Grundsatz katholischer Soziallehre. Nun soll hier gar nicht die Leistungsfähigkeit privater Träger in Frage gestellt werden. Bei der Beurteilung der verschiedenen Maßnahmen verbleibt jedoch ein recht fader Nachgeschmack. Mal trompetet man lauthals aggressiv vom „Abbau der Selbstverwaltung“ – im anderen Falle ist man bei gleichen Auswirkungen schnell zur Hand, vom segensreichen Grundsatz der „Subsidiarität“ zu sprechen. Ganz, wie es der Zweck gestattet. Wenn das nicht doppelzünftig ist!?

### 1975 – Orientierungsstufen in Georgsmarienhütte?

Nach den Absichtserklärungen der Stadt Osnabrück sollen dort die Orientierungsstufen mit Beginn des Schuljahres 1975/76 eingeführt werden. Damit entfällt das wesentliche Argument, das in der Vergangenheit zur Ablehnung gleicher Einrichtungen in unserer Stadt geführt hat. Mit ziemlicher Sicherheit ist nun auch mit der Veränderung des Schulwesens in der

Stadt Georgsmarienhütte zum kommenden Schuljahrsbeginn zu rechnen. Der Rat hat aus diesem Grunde den „Schulsonderausschuß“ wiederaufleben lassen. Schulexperten dieser Stadt werden ein weiteres Mal sich der Mühe unterziehen, Pläne für die Neuregelung des Schulwesens vorzulegen. Ob diesmal danach verfahren werden kann? Es bleibt abzuwarten.

### Stadtkrankenhaus – alles falsch??

Nichts war es mit der sonst so gepriesenen launigen Art unseres Bürgermeisters bei der Einweihung des neuen Krankenhausbettentraktes! Dabei hatte sich unsere Verwaltung soviel Mühe gegeben, einen illustren Personenkreis zu der feierlichen Handlung (mit kirchlicher Weihe) einzuladen. Aber was bekamen die Geladenen zu hören? Alles falsch: das falsche Objekt zur falschen Zeit am falschen Ort nach falschem Plan! Diese Art der Unmutsäußerungen im Rahmen einer selbst arrangierten festlichen Stunde ging vielen Anwesenden über die Hutschnur. Persönliche Meinungen in allen Ehren. Die politische Entscheidung ist aber mit Mehrheit für den Ausbau des Krankenhauses gefallen. Die Würdigung dieser Entscheidung wurde den Vertretern des Kreises und der Regierung überlassen. Für die anderen Redner eine geradezu peinliche Situation. Welchen Sinn hat eigentlich ein so groß aufgezogener offizieller Rahmen, wenn unser Repräsentant nur seine persönliche Ansicht zum Krankenhausbau verlauten läßt? So waren es jedenfalls die falschen Worte zur falschen Zeit am falschen Platz!

#### Frage an Radio Eriwan:

Die politischen Gegner der SPD malen immer wieder Gespenster an die Wand und suchen ein Geschäft mit der Angst zu machen. Was für Leute sind das?

#### Radio Eriwan antwortet:

Ein Geschäft mit der Angst machen nur Leute, die Angst um ihr Geschäft haben.

## 100 000 DM für Kinderspielplätze!

Sie lesen richtig: 100 000 DM will die Stadt im laufenden Jahr für den Bau von Kinderspielplätzen ausgeben. Für 1975 sind weitere 50 000 DM vorgesehen. Wir meinen, eine Maßnahme, die Aufmerksamkeit verdient. Das ist noch nicht alles! In den Bebauungsplänen für die einzelnen Bereiche der Stadt sind die Plätze für unsere Kinder ausgewiesen. Um die Wünsche und Vorstellungen der in diesen Gebieten wohnenden Bürger voll berücksichtigen zu können, sollten sich Eltern zu Initiativ-Gruppen zusammenschließen und sich bei der Verwaltung melden. Die Plätze werden von der Stadt hergerichtet, auch eingefriedigt. Die Ideen für die Ausgestaltung sollten aber mehr aus dem Kreis der unmittelbar Betroffenen kommen. Das benötigte Material wird dann von der Stadt beschafft.

In diesem Jahr könnten noch einige Plätze hergestellt werden, wenn es zu einer Mithilfe der Eltern kommt. An der Schoonebeekstraße im Stadtteil Oesede entsteht gegenwärtig durch das Engagement einer Reihe von Interessenten ein weiterer Spielplatz für die Kinder dieses Bereiches. Vielleicht machen auch Sie mit?!

## SPD unterwegs nach Schoonebeek

Ziel der diesjährigen „großen Fahrt“ des Ortsvereins war das Nachbarland Holland. Nach einer größeren Fahrt durch das Land trafen die fünf Busse aus Georgsmarienhütte in unserer Partnerstadt Schoonebeek ein. An der Diskussion über die mögliche Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft nahm neben holländischen Abgeordneten auch unser MdB Alfred Emmerlich teil.

## Schulwege sicherer machen!

Es will niemand unterstellen, daß die Stadt nicht ständig bemüht ist, die Wege unserer Kinder zu den Schulen sicherer zu machen. Aber die Verkehrsverhältnisse in unserer Stadt sind nun wirklich nicht die besten. Sie sind in leider zu reichem Maße ein gefährliches Handicap für alle Verkehrsteilnehmer. Kinder sind in dieser Kette das schwächste Glied, und die Schulpflichtigen müssen täglich mehrmals oft ungenügend gesicherte Wege gehen. „gig“ schaltet sich in diese Problematik ein. Wir möchten Gefahrenstellen benennen und Möglichkeiten der Abhilfe aufzeigen. Schreiben Sie uns!

## Müllcontainer

Von der Stadt Georgsmarienhütte werden in Kürze 10 Müllcontainer angeschafft und auf die Stadtteile verteilt aufgestellt. Diese Container sind für Gartenabfälle vorgesehen. Die Entleerung erfolgt jeweils nach Bedarf.

## Klarheit bei Abrechnungen in Altbaugebieten

Zu großen Ärgernissen kam es öfter bei den Abrechnungen der Altbau-Erschließungsbeiträge. Um hier Klarheit zu schaffen, faßte der Rat in seiner Sitzung am 2. 7. 74 einen wichtigen Beschluß:

Für die vor dem ersten Ortsstatut (etwa 1928/30) bebauten Grundstücke wird der Erschließungsbeitrag auf 250,- DM ermäßigt.

Für die Grundstücke, für die in der Zeit vom Inkrafttreten der ersten Ortsstatute bis zum 31. 12. 59 ein Bauantrag gestellt und vom Landkreis Osnabrück eine entsprechende Baugenehmigung ausgesprochen wurde, gilt die Beitragspflicht als **abgelöst**. Diese Regelung bezieht sich auf die Erschließung und die Frontlängen, für die die damalige Gemeinde eine Ausnahme vom Bauverbot gewährte. Die Beitragspflicht für die Heranführung weiterer Erschließungsanlagen an ein Grundstück bleibt hiervon unberührt.

## Kurz informiert

■ Anlässlich eines Besuches in der Stadt übermittelt Harry Brunsmann allen Freunden und Bekannten herzliche Grüße. Er ließ sich ausgiebig über die Begebenheiten in Georgsmarienhütte berichten.

■ Der Stadtbereich ist inzwischen postalische Provinz geworden. Nach 17.30 Uhr wird nur noch der Briefkasten an der Haltestelle Hindenburgstraße/Parkstraße geleert. Schreiber eiliger Post müssen abends weit laufen.

=====  
In dieser Ausgabe finden Sie Beiträge von Wilhelm Beckmann, Karl-Heinz Diekmann, Dr. Alfred Emmerlich, Horst Fricke, Oskar Hummel, Hans Kaiser, Klaus Kraegeloh, Josef Niemann, Friedel Timmermann.

# Beachtliche Erfolge der Falken

Unser Foto zeigt Georgsmarienhütter „Falken“ in froher Runde.



Wie in der Vergangenheit konnten die „Falken“ auch 1974 wieder beachtliche Aktivitäten auf dem Gebiete der Jugendarbeit für sich verbuchen. Nachfolgend geben wir kurz die wichtigsten Ereignisse des Jahres 1974 wieder in der Gewißheit, daß die „Falken“ auch die letzten drei Monate des Jahres aktiv bleiben werden.

**Osterzeltlager** am Stichkanal in Osnabrück mit über 40 Teilnehmern ab 12 Jahren.

## **Gründung des Unterbezirks**

Die Ortsverbände Georgsmarienhütte und Bramsche gründeten den Unterbezirk Osnabrück-Land. Die Delegierten verabschiedeten eine Satzung und wählten ihren Vorstand.

Ziele der Neugründung:

- Gruppenleiterausbildung verbessern
- Zusammenarbeit der Ortsverbände verstärken
- Aufbau neuer Ortsverbände
- Durchführung gemeinsamer Aktionen

**Pfingstzeltlager** am Stichkanal für allein über 60 Teilnehmer aus Georgsmarienhütte.

## **Ehrenmitglied Dr. Emmerlich MdB**

Wegen seines tatkräftigen Einsatzes für die „Falken“ wird der Osnabrücker SPD-Bundestagsabgeordnete als Ehrenmitglied aufgenommen.

## **Sommerzeltlager im Harz**

Veranstaltung des Bezirks Weser-Ems mit zahlreichen Teilnehmern aus Georgsmarienhütte.

## **Bezirkssportfest in Georgsmarienhütte**

Über 300 Teilnehmer aus dem Bezirk. Ausrichter und Organisator war der Ortsverband Georgsmarienhütte.

## **Wasserversorgung im südlichen Landkreis**

Die Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft mit einwandfreiem Wasser in ausreichender Menge ist nicht nur für Georgsmarienhütte zum Problem geworden. Zahlreiche Gemeinden des Südkreises haben ähnliche Sorgen. Auf Veranlassung des Kreises wurde daher der Wasserbeschaffungsverband „Süd“ gegründet. Der Kreis hat sich bisher finanziell stark engagiert, um den Raum Glandorf als Wassergewinnungsgebiet aufzuschließen. Die Kosten der überörtlichen Maßnahmen der Wassergewinnung belaufen sich auf ca. 21 Millionen DM.

Die Finanzierung soll in der Weise erfolgen, daß jede beteiligte Gemeinde vom Wasserwerk Glandorf eine bestimmte Grundlastmenge abnimmt. Für

Georgsmarienhütte könnte dies eine serversorgung bedeuten; denn die vorhandenen Wasserreserven können nicht unbegrenzt ausgenutzt werden. spürbare Entlastung der eigenen Was-

## **Sanierung Osterberg**

Sie pochen an die Türen des Rathauses – sie mahnen die Verantwortlichen der Stadt, getroffene Entscheidungen zu überprüfen! Solches geschieht von den Bewohnern des „Osterberges“, jenem Gebiet nördlich der Klöckner-Werke, das – so die bisher als selbstverständlich geltende Meinung – infolge der Werksnähe saniert werden müsse.

Abgesehen von der Tatsache, daß der Grad der Luftverschmutzung nicht die angenommene schädliche Höhe erreicht – hier werden weitere Untersuchungen angestellt –, gewinnt mehr denn je der Aspekt der Wirtschaftlichkeit Vorrang. Träger von Wohnkomplexen unterschiedlichster Ausführung erstellen Ersatzwohnungen, deren Kosten das Zumutbare übersteigen. Wem dient eigentlich die angestrebte Förderungsmaßnahme: den Bewohnern der Sanierungsgebiete oder mehr den Bauträgern, die ja „auf ihre Kosten“ kommen müssen? Bei allem Verständnis für die Verbesserung der Wohnqualität in unserer Stadt: Alles hat seine Grenzen!

**Aus Bonn: Dr. Alfred Emmerlich MdB**

## **Regierung auf Stabilitätskurs**

Vollbeschäftigung, Wachstum und Stabilität uneingeschränkt zu verwirklichen, ist bekanntlich kaum möglich. Es kommt darauf an, zwischen diesen einander widersprechenden Zielen den Ausgleich herbeizuführen, der nach der binnen- und außenwirtschaftlichen Lage nötig und möglich ist.

Wir alle erinnern uns: Seit 1971 wurde der Preisauftrieb stärker und stärker. 1973 schienen uns Preissteigerungsraten von 10% und mehr ins Haus zu stehen. Deshalb entschlossen sich Bundesregierung und Bundesbank zu einer konsequenten Stabilitätspolitik, einer solchen, die in der Nachkriegsgeschichte und auch im gesamten westlichen Ausland ohne Beispiel war. Trotz einer enormen Teuerungswelle auf dem Weltrohstoffmarkt ist es gelungen, die Preissteigerungen unter 7% zu drücken. Das war ohne Einbußen bei der Konjunktur nicht möglich. Der Konjunkturrückgang hat sich vor allem auf den besonders überhitzten Baumarkt ausgewirkt, auf strukturschwache Branchen (Textil- und Schuhindustrie) und auch dort, wo Über-

kapazitäten (Automobilsektor) entstanden waren.

Diese Situation wird zum Anlaß genommen, um nunmehr nach dem Inflationsgespenst das Gespenst der Arbeitslosigkeit an die Wand zu malen und um aus der so erzeugten Angst der Bevölkerung um die Arbeitsplätze politisches Kapital zu schlagen. Lassen Sie sich durch diese Manöver nicht irritieren. Unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung wird es keine „gewollte Rezession“ à la Strauß/Erhard geben. Wir werden auch zu verhindern wissen, daß eine Rezession uns ungewollt erwischt. Durch unser Stabilitätsprogramm haben wir u. a. eine Reserve von rund 10 Milliarden DM bilden können. Mit diesem Geld sind wir in der Lage, krisenhafte Entwicklungen abzuwenden.

Wir dürfen jedoch so lange den Fuß nicht von der Bremse nehmen, solange einerseits der Preisauftrieb nicht gebrochen und andererseits schwerwiegende Risiken für Vollbeschäftigung und Wachstum noch nicht bestehen.

Dr. Alfred Emmerlich

**Aus Hannover: Hans Kaiser MdL**

## **Sozial-liberale Koalition im Niedersächsischen Landtag**

Der Wähler hat entschieden. Nach dem amtlichen Ergebnis der Landtagswahlen vom 9. Juni verfügt die SPD über 68 Sitze, die FDP über 11 und die CDU über 76. SPD und FDP haben sich auf die Bildung einer Koalition geeinigt und stellen gemeinsam die neue Lan-

desregierung. Die Vereinbarungen zwischen beiden Partnern sind so getroffen worden, daß keiner Grundpositionen aufgeben mußte. So war es schon innerhalb eines Monats möglich, daß sich beide Fraktionen auf ein Regierungsprogramm und auf die perso-

nelle Zusammensetzung der Landesregierung einigen konnten.

Der neuen Niedersächsischen Landesregierung gehören an Ministerpräsident Alfred Kubel (SPD), Finanzminister Helmut Kasimier (SPD), Kultusminister Dr. Ernst Gottfried Mahrenholz (SPD), Minister für Wissenschaft und Kunst Prof. Dr. Joist Grolle (SPD), Sozialminister Helmut Greulich (SPD), Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Klaus-Peter Bruns (SPD), Justizminister Hans Schäfer (SPD), Minister für Bundesanlegenheiten Herbert Hellmann (SPD), Innenminister Rötger Gross (FDP) und Minister für Wirtschaft und Verkehr Erich Küpker (FDP).

Die Regierungserklärung des alten und neuen Ministerpräsidenten macht deutlich, daß die bisher von der SPD allein getragene Politik für den Bürger fortgesetzt wird: „Wir werden uns . . . vor allem konzentrieren auf . . . die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes . . . die Bildungspolitik, hier besonders die berufliche Bildung . . . den Umweltschutz . . . die Sicherung und Verbesserung der . . . ärztlichen Versorgung. . . Die Förderung des Verkehrs, des Städtebaus, die Stärkung der inneren Sicherheit, die Probleme unserer Landwirtschaft und nicht zuletzt die Sorge um alte Menschen, Behinderte und andere sozial Benachteiligte behalten ihren unveränderten Rang.“

Hans Kaiser

## **Arbeitskonferenzen mit Willy Brandt**

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands steht in diesen Monaten in einem besonderen Meinungsaustausch mit den Ortsver-

# Das dürfte Sie interessieren!

## Widerrufsrecht bei Abzahlungsgeschäften

Ab 1. 10. 74 gelten u. a. folgende Schutzbestimmungen für alle Abzahlungsgeschäfte:

- Der Käufer hat das Recht auf Widerruf binnen einer Woche.
- Der Verkäufer wird verpflichtet, den Käufer klar und deutlich über das Widerrufsrecht zu belehren.
- Der effektive Jahreszins muß in der schriftlichen Vertragserklärung des Käufers aufgeführt werden.
- Das Widerrufsrecht des Käufers soll auch bei finanzierten Abzahlungsgeschäften und entsprechenden Verträgen mit wiederkehrenden Leistungen (z. B. Zeitschriften-Abonnements, Fernstudium-Kurse), Teillieferungen und Dienst- und Werkleistungen gelten.

## Gurtanlegen wird belohnt!

Die Autoversicherer im HUK-Verband wollen vom Herbst an im Rahmen der Insassen-Unfallversicherung jedem Kraftfahrer, der bei einem Unfall angegurtet war, ein zusätzliches Krankenhaustagegeld bis zu 100 DM gewähren.

## Fortsetzung von Seite 5: ... Willy Brandt

einsvorsitzenden der Partei. Ziel dieses konstruktiven Erfahrungs- und Meinungsaustausches ist es, die Möglichkeiten der Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit zu untersuchen und

## Altersgeld für Landwirte

Landwirtschaftsminister Ertl kündigte an, daß das landwirtschaftliche Altersgeld vom 1. 1. 75 an dynamisiert wird. Ferner wird jedes Beitragsjahr über 15 Jahre hinaus eine Steigerung des Altersgeld-Grundbetrages um 3% bringen. Auch die Landabgaberechte, inzwischen von etwa 30000 ehemaligen Landwirten oder deren Witwen bezogen, soll entsprechend der allgemeinen Einkommenssteigerung erhöht werden. Der nächste Schritt der sozialen Verbesserungen in der Landwirtschaft wird die Angleichung der noch unbefriedigenden landwirtschaftlichen Unfallrenten sein.

## Erhöhung der Alters- und Unfallrenten

Am 20. 2. 74 verabschiedete der Bundestag das Gesetz über die Erhöhung dieser Renten.

- Ab 1. 7. 74 steigen die Altersrenten aus den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten sowie der knappschaftlichen Rentenversicherung um 11,2%.

die Abstimmung mit den konkreten politischen Tagesfragen und den mittelfristigen Planungen vorzunehmen. Für die Vorsitzenden unseres Raumes ist die Zusammenkunft auf den 29. 9. 1974 festgelegt worden.

- Ab 1. 1. 75 erhöhen sich die Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung um 11,9%.
- Ab 1. 1. 75 steigen die Altersgelder und Landabgaberechten der Landwirte um 11,2%.

## Kindergeld jetzt beantragen!

Der Antrag für das neue Kindergeld läßt sich leicht ausfüllen. Warten Sie nicht mehr lange! Erkundigen Sie sich bei ihrem Arbeitgeber, bei der Gemeindeverwaltung oder beim Arbeitsamt. Zögern Sie nicht mehr lange, sonst erhalten Sie Ihr Geld erst mit erheblicher Verspätung!

---

---

**Dr. Alfred Emmerlich**, SPD-Bundestagsabgeordneter aus Osnabrück, ist vom Rechtsausschuß des Bundestages zum **Vorsitzenden** des Unterausschusses „Familien- und Eherechtsreform“ gewählt worden. Die Neuwahl war erforderlich, weil der bisherige Vorsitzende, Jürgen Schmude, zum parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium ernannt worden ist.